

Zahnärztespräsident geht mit EU hart ins Gericht: Generalangriff auf die verkammerten Berufe

Arbeitsplätze durch Abschaffung der Kammern ist ein Irrglaube / Elektronik und mobile Gesundheitsdienste können Ärzte nicht ersetzen / Winterfortbildungskongress der Zahnärztekammer Niedersachsen in Braunlage

Braunlage, 29.1.2015 - Hart ins Gericht ging der Präsident der Zahnärztekammer Niedersachsen, Dr. Michael Sereny, mit den geplanten Vorhaben der EU im Gesundheitswesen. Auf der Eröffnungsveranstaltung des traditionellen 62. Winterfortbildungskongresses in Braunlage sagte er am Mittwoch, der Generalangriff der EU-Kommission auf die „verkammerten“ Berufe werde in dem irrigen Glauben geführt, die Abschaffung von Kammern würde Wettbewerb und damit Arbeitsplätze und Wachstum schaffen. Die Kammern seien unverzichtbarer Bestandteil der dualen Ausbildung, die international als Ursache für die geringe Jugendarbeitslosigkeit und die hohe Qualifizierung in Deutschland angesehen werde. Der Präsident bezweifelte auch das Versprechen der EU, Wachstum und Arbeitsplätze mit dem Grünbuch zu sogenannten „m-health Anwendungen“ zu schaffen, also mit mobilen elektronischen Programmen, wie etwa den Blutdruck und Puls überwachen und Datenübertragungen an den Arzt übersenden. Mobile Gesundheitsdienste könnten möglicherweise einen Beitrag für die Gesundheitsversorgung der Zukunft leisten. Allerdings sollte von der Politik nicht die Erwartung geweckt werden, damit könne die Versorgung in Zeiten eines demografischen Wandels weiterhin kostengünstig und flächendeckend aufrechterhalten werden. Elektronik könne bei allem technischen Fortschritt die persönliche Behandlung durch den Arzt nicht ersetzen. Dr. Sereny forderte ferner als wesentliches Ziel einer europäischen Gesetzgebung, den effektiven Schutz der sensiblen Gesundheitsdaten und deren rechtmäßige Nutzung auf den Kreis der Angehörigen der Heilberufe zu beschränken.

Zu der in Niedersachsen intensiv vorbereiteten neuen Gründung einer Pflegekammer sagte der Kammerpräsident, wenn der Gedanke der Selbstverwaltung damit gestärkt werde, sei sie zu begrüßen. Ob dies allerdings Einfluss auf den Pflegenotstand habe, bezweifle er. Auch die Abarbeitung des Koalitionsvertrages der Großen Koalition in Berlin sei unbefriedigend, sagte Dr. Sereny. So habe beispielsweise die geplante Termingarantie für einen Facharzt innerhalb einer Woche nichts mit der im Vertrag für unverzichtbar erklärten Freiberuflichkeit zu tun. Die Termingarantie sei reine Planwirtschaft. Gleiches sei das Modellvorhaben zur Erprobung neuer Formen der Substitution ärztlicher Leistungen. „Man sollte den Ärzten bürokratische Leistungen abnehmen, aber nicht ärztliche Leistungen“, betonte er. Und mit dem geplanten neuen Straftatbestand der Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen gebe es in Niedersachsen mit dem Berufsrecht und der Übertragung der Approbationserteilung und deren Entzug auf die Kammern deutlich wirkungsvollere Instrumente.

